

# Die Leere nach der Lehre

Viele Azubis stehen vor einer ungewissen Zukunft / Immer mehr werden nicht übernommen

VON UNSEREM MITARBEITER  
HEINZ SIEBOLD

**FREIBURG.** Die Wirtschaftskrise gefährdet die Übernahme der Lehrlinge am Ende der Ausbildung. In einigen südbadischen Industriebetrieben wurden bereits Auszubildende nicht übernommen. Im Sommer kann es noch weitaus mehr junge Leute treffen, selbst dort, wo es Tarifverträge gibt, die eine Übernahme vorsehen. Die Gewerkschaften wollen die Belegschaften für ein Solidaropfer zugunsten der Azubis gewinnen.

Gern sprechen manche Unternehmen nicht darüber, was aus ihren Ausgelehrteten wird, denn sie haben vor drei Jahren stolz auf ihre Ausbildungsleistungen hingewiesen und sich dafür feiern lassen. Und in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden im Prinzip alle Lehrlinge übernommen, wenn sie ihre Eignung durch die bestandene Prüfung und ihr Verhalten am Arbeitsplatz unter Beweis gestellt hatten. In der Wirtschaftskrise gibt es keine Übernahmegarantie mehr, wie Nachfragen der Badischen Zeitung bei südbadischen Unternehmen zeigen. Sowohl IKA Labortechnik in Staufen als auch GE Healthcare in Freiburg, Ferrostatik Milacron in Maiterdingen oder IMS Gear in Eisenbach sind Betriebe mit traditionell hohen Ausbildungsquoten. Aber auch dort wurden Anfang des Jahres Auszubildende zum Teil nicht übernommen und diejenigen, die im Sommer fertig werden, warten auf Nachricht.

Beruhigt können derzeit nur Auszubildende in den First-Class-Ausbildungsbetrieben sein. Beim Waldkircher Sensorenhersteller Sick und bei den Messgeräte-spezialisten Endress + Hauser und Testo dürfen alle bleiben, auch die BA-Studenten. Fachliche und persönliche Eignung



Der letzte Schliff?

FOTO: DPA

ist dabei immer vorausgesetzt. Fast überall sonst schweben Auszubildende in Unsicherheit. Angefangen haben sie vor dem Boom, jetzt gefährdet die Wirtschaftskrise ihr berufliches Fortkommen. Selbst dort, wo es eigentlich einen Übernahmeanspruch gibt: In der Metall- und Elektroindustrie müssen Auszubildende im Sinne des Berufsbildungsgesetzes für mindestens zwölf Monate übernommen werden. Dieser tarifvertraglich geregelte Anspruch gilt jedoch nicht für die Studenten der Berufsakademien.

Aber der Tarifvertrag kennt Ausnahmen: Bildet ein Betrieb weit über den eigenen Bedarf aus, kann er von der Übernahmepflicht befreit werden. Und wenn sich akute wirtschaftliche Schwierigkeiten auftun, kann der Betrieb ebenfalls die Übernahme ablehnen, allerdings muss er in beiden Fällen die Zustimmung des Betriebsrates einholen. Verweigert die Ar-

beiter jetzt von einem Solidarmodell überzeugen. „Wenn alle noch ein wenig mehr Kurzarbeit leisten“, sagt Lussi, „ist es möglich, die Übernahme der Azubis zu finanzieren.“ Bei 400 Beschäftigten würden sechs Minuten zusätzliche Arbeitszeitverkürzung genügen, um sechs Auszubildende zu bezahlen, hat der IG-Metall einmal grob durchgerechnet.

In den vergangenen Tagen haben die Gewerkschafter ihre Forderung auf die Straßen getragen, bei Demonstrationen in ganz Baden-Württemberg. „Operation Übernahme“, stand auf den Plakaten und Ansteckern zu lesen und gemeint war die Übernahme von Ausgelehrteten. 30 Azubikern Milacron etwa versammelten sich um fünf Uhr morgens vor dem Werkstor, um auf die Kollegen der Frühshift zu warten und Unterschriften zu sammeln.

Spannung wird es im Sommer und im Herbst: Die kaufmännischen Lehrlinge machen im Juli Prüfung. Anfang 2010 gehen die dreieinhalbjährigen Ausbildungsberufe in den Endspurt. Jeweils drei Monate zuvor müssen die Kandidaten eine eindeutige Auskunft ihres Ausbildungsbetriebes bekommen.

Aber nicht in allen Branchen müssen sich junge Leute sorgen. Der Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Wilfried Penzhorn, sieht derzeit „keine deutlichen Anzeichen“ für einen Rückgang der Übernahmen. „Das Niveau wird gehalten, wo es geht.“ Allerdings prüfen die Unternehmen jeden Einzelfall und lassen sich nicht auf generelle und langfristige Zusagen ein. In der Chemieindustrie gibt es keine Tarifverträge zur Übernahme, es gibt lediglich unverbindliche Empfehlungen des Arbeitgeberverbandes, in manchen Betrieben hat das zu hausinternen Vereinbarungen geführt. Auch sie stehen jetzt vor einer Bewährungsprobe.

## Sozialarbeiter sind gesucht

Arbeitgeber fürchten Engpass

NÜRNBERG/BERLIN (dpa). Die Zahl der offenen Stellen in Deutschland ist in den ersten drei Monaten des Jahres um rund ein Viertel gesunken. Die Wirtschaftskrise habe inzwischen mit der üblichen Verzögerung von einigen Monaten deutliche Spuren auf dem Stellenmarkt hinterlassen, teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am Montag mit. Trotz des Einbruchs warnten die IAB-Experten vor einem künftigen Fachkräftemangel im sozialen Bereich.

870 000 offene Stellen waren im ersten Quartal zu besetzen, wie das zur Bundesagentur für Arbeit gehörende IAB bei deutschen Unternehmen erfragt hatte. Das sind 221 000 weniger als im Schlussquartal 2008 und ein Minus von 273 000 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Gesteht die Lage bei sozialen Dienstleistungen aus: Sozialarbeiter, Erzieher und Altenpfleger stehen inzwischen nach der Ingenieurbesetzung an zweiter Stelle der Bewerberlisten. Die Arbeitgeber erwarten hier einen steigenden Bedarf in den kommenden Jahren und fürchten zum Teil gar Personalengpässe.

## AUCH DAS NOCH

### Banker und Terroristen

Nicht jede Bank ist bad, manche haben ordentlich gewirtschaftet. Trotzdem ist in den Augen der Öffentlichkeit jeder Banker ein schlimmer Finger. Südwiesbank-Chef Wolfgang Kuhn trägt den Ansehensverlust mit Humor. Was der Unterschied sei zwischen Bankern und Terroristen, fragte er bei einer Pressekonferenz? Und lieferte die Antwort selbst: „Terroristen haben wenigstens Sympathisanten.“